

Ueli Mäder

# ZITTERPARTIE

**Am 25. Juni 1997 sagte das Basler Kantonsparlament Ja zum Aktionsplan Stadtentwicklung – mit 51 gegen 49 Stimmen. Augenzeugenbericht eines Mitglieds des Grossen Rates.**

Ende Mai 1997 erhalten die Mitglieder des Grossen Rates ein Schreiben der Regierung. Wir werden über die Kosten für ein Projekt namens Aktionsplan Stadtentwicklung Basel informiert. So hiess die WERKSTADT BASEL, bevor sie die Hürden des Parlamentes übersprungen hatte. Wenige Wochen später, in der Ratssitzung vom 25. Juni 1997, diskutieren wir dieses Projekt, das die langfristige Sicherung der Steuereinnahmen von natürlichen Personen zum Ziel hat. Das Geschäft ist umstritten, die Debatte ist spannend – die ausgetauschten Argumente lassen aufhorchen.

## (EIN) PLATZ ZUM LEBEN

Meine Vision für Basel

*In Basel leben 150 000 Kinder und Erwachsene. Sie verfügen über genügend Raum. Die Häuser stehen dicht beisammen, sind hochgeschossig und von öffentlichen Plätzen umgeben. Die erweiterte Innenstadt ist autofrei. Genossenschaftliche Wohnblöcke und wildwüchsiges Grün prägen den Stadtrand. Die Trams sind leiser und etwas schneller geworden. Velos dominieren das Strassenbild. Die privaten Solar- und Elektromobile bewegen sich auf wenigen Hauptachsen, unterirdische Garagen liegen in den Randzonen. Die Quartierstrassen gehören den Kindern, die sich beim Spielen auch in fremden Hausgängen verstecken dürfen. Die meisten Türen stehen offen. Alte Menschen spielen Boccia und ereifern sich in Cafés über die letzte Aufführung im Theater.*

Ist nicht längst bekannt, warum gute SteuerzahlerInnen den Stadtkanton verlassen? Diese Frage taucht in mehreren Voten auf. Finanzminister Ueli Vischer setzt darauf, dass das Projekt neue Ideen bringt.

### «Gigantischer Blödsinn»

Am Nachmittag des gleichen Tages: Wir diskutieren weiter über das Projekt Aktionsplan Stadtentwicklung, über das wir schon am Vormittag zwei Stunden beraten haben. Die Rechtsausenpartei der Schweizer Demokraten (SD) und die Demokratisch Soziale Partei (DSP) wollen die Vorlage stoppen. Darüber wird, weil von zehn Ratsmitgliedern schriftlich verlangt, namentlich abgestimmt. Mit 63 gegen 42 Stimmen bei 12 Enthaltungen tritt der Rat auf die Vorlage ein. Vorwiegend Ja stimmen die Abgeordneten der Sozialdemokratischen Partei (SP), der Christlichen Volkspartei (CVP) sowie der Fraktion Grüne und BastA!, die ich präsidiere. Einzelne VertreterInnen der Liberal Demokratischen Partei (LDP), der Freisinnigen (FDP) und der Frauenliste (FraP) stimmen ebenfalls für ein Eintreten.

In der Detailberatung beantragen CVP und LDP ultimativ, den Aspekt der Steuersicherung stärker zu gewichten. Die Anträge werden angenommen. Vor der Schlussabstimmung über das gesamte Projekt warnt noch ein Vertreter der DSP: «Sie haben eine zweite Chance, diesen gigantischen Blödsinn zu verhindern!» Ein anderer befürchtet, das Parlament werde «durch quasi zufällige Quartiergruppen unterlaufen».

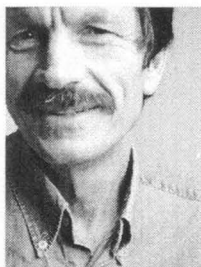
Nach dreistündiger Debatte setzt der Finanzminister zu seinem Schlusswort an. Es dauert immerhin zweiundzwanzig Minuten und erheitert auch die Gemüter mit der Aussage: «Mindestens so wie einer meiner Vorredner das Projekt blöd findet, und er fand es sehr blöd, finde ich es sehr gut.» Vischer verweist auf die Abwanderung finanzstarker SteuerzahlerInnen, die es mit innovativen Ideen aufzuhalten gelte.

Die Pro- und Contra-Stimmen verteilen sich auf fast alle Parteien. Mit 51 gegen 49 Stimmen gibt der Rat um 15 Uhr 58 grünes Licht für das Projekt, indem er einen Kredit von 909 000 Franken bewilligt. Ein Referendum ist nicht möglich, da der Betrag unter einer Million Franken liegt.

### Ein Umdenken setzt ein

Oktober 2000, drei Jahre später. Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Grossen Rates kommentiert die WERKSTADT BASEL, wie das Projekt inzwischen heisst: «Der Kanton Basel-Stadt wagt in der Stadtentwicklung neue Formen der Beteiligung. Die WERKSTADT BASEL hat breiten Bevölkerungskreisen die Möglichkeit gegeben, konkrete Anliegen zu artikulieren und in Konsensverfahren aufeinander abzustimmen. Zahlreiche, ausgiebig diskutierte und recht gut abgestützte Vorschläge liegen nun als Aktionsprogramm vor», heisst es im GPK-Bericht. Das Parlament genehmigt das Dokument einstimmig – auch der bereits zitierte DSP-Vertreter stimmt zu, ebenso der GPK-Präsident. Beide waren sie im Sommer 1997 noch vehemente Gegner des Vorhabens.

Offenbar stösst das Projekt allmählich auf Akzeptanz in Basel. Wohnliche Quartiere und konkrete Gestaltungsmöglichkeiten sind, so betont die GPK, notwendig, um die Stadtflucht zu verhindern.



Ueli Mäder  
Soziologe und Dozent an der  
Uni/FHS Basel  
In den Klosterreben 13  
4052 Basel  
Tel. 061 337 27 10  
E-Mail ueli.maeder@fhsbb.ch



In historischen Rathaus gab der Grosse Rat am 25. Juni 1997 grünes Licht für die Zukunft: mit einem Startkredit von 909 000 Franken für die WERKSTADT.

Das Aktionsprogramm Stadtentwicklung als Ergebnis der WERKSTADT basiert auf einer umfassenden Bedarfsabklärung. Es fordert den Kanton heraus und verlangt neue Denkweisen. Der Projektansatz führt weg von Einzelproblemen, hin zu einer übergeordneten Planung. Dazu gehört eine offene Gesprächskultur: Sie soll das «Gärtchen denken» überwinden und den Zugang der Bevölkerung zu einer aktiven Verwaltung verbessern. Über verbindliche Quartiersstrukturen lassen sich die EinwohnerInnen bei der weiteren Stadtentwicklung einbeziehen; wichtige Entscheide sind dabei stets durch die gewählten Instanzen abzustützen. Das Projekt ist ein Lernschritt für alle. Die Zitterpartie im Grossen Rat hat sich gelohnt.